Erich Kern

SPD Sicherheitsrisiko für alle

Erich Kern

SPD-Sicherheitsrisiko für alle

DVG - Rosenheim

„Das sozialdemokratische Triumvirat Brandt/Schmidt/Wehner trägt nicht zur Klarheit der politischen Aussage bei und wäre vollends unerträglich, hätten die Beteiligten nicht verschiedene Arbeitsgebiete gewählt: der eine die Visionen, der andere läßt machen, der dritte macht!"

Burkard Hirsch (FDP)

Innenminister von Nordrhein-Westfalen.
(„Welt am Sonntag", 30. 11. 1975)

2. Auflage

ISBN-Nummer 3 920 722–20–9
Copyright 1976 by DVG-Deutsche Verlagsgesellschaft mbH Rosenheim
Alle Rechte beim Verlag – Druck: Oberbayerisches Volksblatt, Rosenheim

Der bayerische SPD-Vorsitzende und derzeitige Bundesjustizminister, Dr. Jochen Vogel, belehrte zur Jahreswende 1975/76 die Bundesbürger: „Die Bundesrepublik bleibe die Insel, wenn die Politik der Vernunft auch über 1976 hinaus fortgesetzt wird. Ein Sieg der CDU/CSU bei den Bundestagswahlen hingegen bedeute eine Isolierung nach außen und zunehmende Spannung im Inneren. Das aber wäre Risiko statt Alternative."

Mit anderen Worten: Wer bei der Bundestagswahl 1976 nicht der sozial-liberalen Koalition, vornehmlich der SPD, seine Stimme gibt, läßt sich auf ein Sicherheitsrisiko ein, das nicht zu verantworten wäre. Aus diesen Worten spricht sowohl eine nahezu unerträgliche Überheblichkeit als auch das Streben, die Wähler der kommenden Bundestagswahl im voraus zu programmieren. Vogel hat lediglich in einer etwas verbindlicheren Art wiederholt, was sein Parteivorsitzender Willy Brandt am 11. November 1975 auf dem SPD-Parteitag in Mannheim von sich gegeben hatte, als er die Unionsparteien als ein „Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik in der Außen- wie in der Innenpolitik, wirtschaftlich wie sozial" bezeichnete.

Man kann über diese CDU/CSU-Opposition nur staunen, die einer solch massiven Diffamierung lediglich lächerlich lendenlahme Proteste entgegenzusetzen hat.

Die Genossen Vogel und Brandt haben die Dinge provokant auf den Kopf gestellt. In der Tat gibt es für die Bundesrepublik Deutschland ein Sicherheitsrisiko erster Güte: Die SPD! Das unverkennbare Streben Brandts, Westeuropa sozialistisch umzugestalten, seine gescheiterte Ostpolitik, die Moskau unbezahlbare Dienste leistet, das Lahmlegen der Westintegration und das klägliche Ergebnis der roten Wirtschaftspolitik, all das stellt ein ernstes Sicherheitsrisiko für alle Bundesdeutschen, ja für die ganze deutsche Nation dar.

Nicht umsonst rief Willy Brandt, als die SPD 1969 zur Macht kam, euphorisch aus: „Erst jetzt hat Hitler endgültig den Krieg verloren!" Das konnte doch wohl nichts anderes heißen als: Erst jetzt hat Stalin endgültig den Krieg gewonnen! Im ersten Machtrausch hatte Brandt unfreiwillig die Katze aus dem Sack gelassen.

Wer die Geschichte der SPD, seit Brandt und Wehner die Parteiführung übernahmen, aufmerksam verfolgt, bekommt den schillerndsten Politkrimi frei Haus geliefert. Nur mit einem Unterschied: dieser rote Polit-Krimi entspringt nicht der Phantasie eines Autors, sondern ist harte, bundesdeutsche Wirklichkeit.

Daß die SPD unter Willy Brandt und Herbert Wehner am 21. Oktober 1969 in Bonn zur Macht gelangen konnte, verdankt sie groteskerweise in erster Linie der CDU. Der damalige Bundeskanzler Georg Kiesinger hatte so wenig Vertrauen zu seiner eigenen Partei, daß er die Große Koalition einer Neuwahl vorzog. Nun saß die SPD mit zwölf Ministern in Bonn. Ein Herbert Wehner wurde sogar Gesamtdeutscher Minister.

Jetzt erst wurden die Genossen im Handumdrehen als Minister und

Staatssekretäre arrivierte, achtbare Politiker. Der zaudernde Kiesinger hatte mit einem Schlag den Graben zugeschüttet, durch den Konrad Adenauer jahrzehntelang den Genossen den Weg zur Macht versperrte.

Willy Brandt und seine Mannschaft warfen im Handumdrehen alle Hemmungen über Bord. Die SPD-Genossen schritten mit Unterstützung ihrer FDP-Steigbügelhalter zur Verwirklichung ihrer wahren Ziele. Längst schon hatten die engsten Brandt-Berater Leo Bauer (Chefredakteur der sozial-demokratischen Zeitschrift „Die neue Gesellschaft"), Günther Markscheffel (Chefredakteur des SPD-Pressedienstes) und Egon Bahr in Geheimgesprächen mit italienischen Kommunistenführern vom Schlage eines Berlinguer und Longo seit 1967 in Bonn und Rom und 1968 wieder in Rom die Leitlinien der neuen deutschen Politik diskutiert. Es begann eine förmliche Wallfahrt der SPD-Genossen zu den KPI-Genossen. Obendrein reiste Wehner 1967 überstürzt nach Helsinki, um Moskaus Partner Kekkonen über die Ostpläne der neuen Bundesregierung zu informieren. Dasselbe unternahm Außenminister Brandt 1968 in Baden bei Wien, beim CSSR-Außenminister Jiri Hajek.

Den Bundesdeutschen wurde immer stärker eingehämmert, daß allein Brandt den Frieden und die Freiheit garantiert. Jeder, der gegen diesen atemberaubenden Kurs auftrat, wurde als Kriegshetzer, als Kalter Krieger, kurz als Feind des Friedens abgestempelt.

Durch seine Treffen in Erfurt und Kassel verschaffte Brandt den SED-Genossen praktisch für die „DDR" die völkerrechtliche Anerkennung, nach der sie jahrelang gelechzt hatten.

Dann folgte Schlag auf Schlag:

● Am 28. November 1969 unterschrieb die Brandt/Scheel-Regierung den Atomsperrvertrag. Damit wurden alle neuen Erkenntnisse und Patente auf nuklearem Gebiet an die Sowjets ausgeliefert und die Weiterentwicklung der sowjetischen Kontrolle unterworfen. Der erste Schritt der Unterwerfung der Bundesrepublik unter die sowjetische Westpolitik war getan.

● Am 13. August 1970 unterzeichneten Brandt und Scheel in Moskau den größten Verzichtsvertrag, den es je in der deutschen Geschichte gegeben hat. Ohne Druck und ohne geringste Gegenleistung verzichtete eine deutsche Regierung freiwillig auf den ganzen deutschen Osten.

● Am 8. Dezember 1970 wurde in Warschau neuerlich von Brandt und Scheel der deutsch-polnische Vertrag unterzeichnet, durch den auch gegenüber Polen der Verzicht völkerrechtlich bestätigt wurde. Dabei nützte Brandt die Gelegenheit, um angesichts der Kameras der Weltpresse in Warschau demonstrativ auf die Knie zu sinken, um so öffentliche Abbitte für die deutsche Schuld zu leisten. Trotz der internationalen spektakulären Erfolge stieß die Brandtsche Ostpolitik, die in Wahrheit nur der sowjetischen Westpolitik diente, in weiten Teilen der bundesdeutschen Bevölkerung auf Mißtrauen und Kritik.

Willy Brandt als norwegischer Major und Gehilfe für „Sonderaufgaben" des Pressechefs der norwegischen Militärmission, Major Jens Schive, in Berlin.

Der SPD mußte etwas einfallen, um die deutsche Bevölkerung zum zweiten Male zu übertölpeln; die Bundestagswahl 1972 rückte drohend näher. Und der SPD fiel etwas ein.

Alle linksradikalen Kräfte der Welt hatten unterdessen längst erkannt, wie unendlich wichtig dieses auf schwachen parlamentarischen Füßen stehende Brandt-Regime für die europäische Linksentwicklung im allgemeinen und für Moskau im besonderen geworden war. Mit Brandt standen und fielen nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch von den Liberalen bis zu den Kommunisten alle antikonservativen Kräfte in Europa.

Diese Erkenntnis gebar den logischen Wunsch, Brandt von außen her zu stützen und auf ein unangreifbares, für alle sichtbares Podest zu stellen. Der dänische Sozialistenführer Jens Otto Krag schlug daher zeitgerecht dem Nobelkomitee des Norwegischen Parlaments vor, Willy Brandt den Friedensnobelpreis zu verleihen. Sofort gesellte sich die FDP-Staatssekretärin Hildegard Hamm-Brücher hinzu, die deutscherseits diese Forderung eifrig unterstützte. Geschickt fing die norwegische sozialdemokratische Parlamentsabgeordnete Aase Lionaes als Vorsitzende des Verleihungskomitees den Ball auf, und am 20. Oktober 1971 wurde Willy Brandt ausgewählt unter 39 Kandidaten, der Friedensnobelpreis zuerkannt. Genossin Lionaes begründete die Entscheidung ganz offen damit, daß für diesen Beschluß in erster Linie der Vertrag mit Moskau und die Treffen in Erfurt und Kassel ausschlaggebend waren.

Nun war Willy Brandt der Größte! Jetzt wurde er für die schlichten Durchschnittsgemüter schlechthin unangreifbar, ein von der Welt anerkannter wahrer Friedensbringer, ein Vater des Vaterlandes und kein vaterlandsloser Geselle mehr, ein Mann, auf den der kleine, ahnungslose Bürger stolz zu werden begann.

Daß die Deutschen politisch und wirtschaftlich die Kosten dieses gesteuerten Welttheaters zu bezahlen hatten, fiel der großen Masse gar nicht auf. Über jene, die hinter die Kulissen blickten, ging die Entwicklung hinweg, da sich die Massenmedien nun geradezu in der Glorifizierung des Mannes überschlugen, der die grausame Teilung und Zerreißung Deutschlands völkerrechtlich sanktioniert hatte.

● Bundespräsident Heinemann unterzeichnete am 23. Mai 1972 die Ratifizierungsgesetze zu den Verträgen mit Moskau und Warschau. Dank der massiven Propaganda Brandts und seiner Gehilfen waren die Westdeutschen in die Falle Moskaus gegangen.

● Am 8. November 1972 kam der letzte Schlag, mit dem die deutsche Wiedervereinigung von Bonn und Ost-Berlin gemeinsam begraben wurde. Staatssekretär Egon Bahr und „DDR"-Staatssekretär Michael Kohl paraphierten den „Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR". Am 21. Dezember 1972 wurde der „Grundvertrag" offiziell unterfertigt.

Die SPD-Propaganda proklamierte: Miteinander über ein Nebeneinander vom Gegeneinander! Der deutschen Bevölkerung wurde systematisch die Illusion einer großen innerdeutschen Aussöhnung vorgegaukelt. Man hoffte, daß nun Friede und Wohlstand für immer gesichert wären. In Wahrheit war das nicht der Fall. Nur die Zerreißung der deutschen Nation wurde rechtlich verankert. Der Wahlkampf 1972 wurde im Zeichen des „Friedenskanzlers Brandt" geführt, der planmäßig zu einem roten Säulenheiligen aufgebaut wurde. Brandt stand nicht als der da, der er ist, nämlich der Zerstörer der deutschen Einheit, sondern als Retter Deutschlands, als dessen Mehrer. Die rote Propaganda stellte ihn unverkennbar in eine Reihe mit Bismarck, Hindenburg und Adenauer. In Kassel ging Genosse Vierzig vom Pädagogisch-Theologischen Institut einen Schritt weiter und baute in eine Materialiensammlung für den Religionsunterricht der zwölf- bis 15jährigen unter dem Titel „Jesus — Sohn Gottes?" sogar Willy Brandt ein. In einer Broschüre, für die Genosse Thomas Bruinier verantwortlich zeichnete, erschienen sechs Jesusbilder, nach acht Seiten Text folgte dann unvermittelt das Foto des Genossen Brandt.

Trotz dieses massiven Betrugs am Bundesbürger hing das Schicksal Brandts bei der siebten Bundestagswahl 1972 an einem seidenen Faden. Die SPD erkannte das offensichtlich und unter einer geheimnisvollen Regie setzte die Abwerbung von abtrünnigen CDU-Abgeordneten ein, von denen einer, Julius Steiner, gestand, mit 50 000 Mark von der SPD bestochen worden zu sein, um Brandt seine Stimme zu geben. Wehners rechte und linke Hand, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD im Deutschen Bundestag, Karl Wienand, steht heute noch im begründeten Verdacht, bei dieser Wahlmanipulation seine Hand im Spiel gehabt zu haben. Der Bundestagsausschuß, der den Skandal klären sollte, endete wie das Hornberger Schießen. Genosse Wienand stolperte schließlich nicht über diesen Wahlbetrug sondern über seine zwielichtigen Geschäfte.

Als im Oktober 1971 auf der Autobahn bei Hamburg eine Maschine der Chartergesellschaft „Paninternational" abstürzte und dabei 21 deutsche Touristen ums Leben kamen, wurde festgestellt, daß in den Kühltanks der Maschine statt Wasser hochexplosives Kerosin abgefüllt war. Nachdem sich die Staatsanwaltschaft einschaltete, sagte ein ehemaliger Flugbetriebsleiter aus, Wienand habe von der „Paninternational" 162 000 Mark Beratungsgelder kassiert, um die rechtzeitige Schließung der fragwürdigen Luftfahrtgesellschaft zu verhindern. Wienand hatte die Stirn, frech zu leugnen. Sogar der „Stern" schrieb: „Wienand lügt!"

Wieder wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt. Trotz verzweifelter Bemühungen Wehners, seinem Kumpanen zu Hilfe zu eilen, kam soviel zu Tage, daß Wienand es vorzog, in seine Villa am Monte Tombio am Gardasee zu verschwinden, um dort zu „erkranken". Der Bonner Staatsanwalt beschlagnahmte in Wienands Bundestagsbüro unterdessen rund 480 000 Mark ungeklärte Gelder neben den Beraterhonoraren von „Paninternational".

Anstatt daß sich die SPD, vor allem Willy Brandt, vor Scham verkroch, weil einer ihrer prominentesten Genossen so grausam als gewissenloser Geschäftemacher entlarvt worden war, tat man so, als handelte es sich um ein Kavaliersdelikt. Genauso problematisch war der Schlußstrich, den das Bonner Amtsgericht Ende November 1975 unter die politische Karriere des Genossen Wienand zog: er erhielt lediglich einen Strafbefehl über 102 000 Mark. Da das Amtsgericht feststellt, daß Wienand in der Zeit von 1967 bis 1971 364 000 Mark Steuern hinterzogen hatte, mußte Wienand alles in allem 466 000 Mark berappen.

Offen bleiben bei dieser schmutzigen SPD-Affäre zwei Tatsachen:

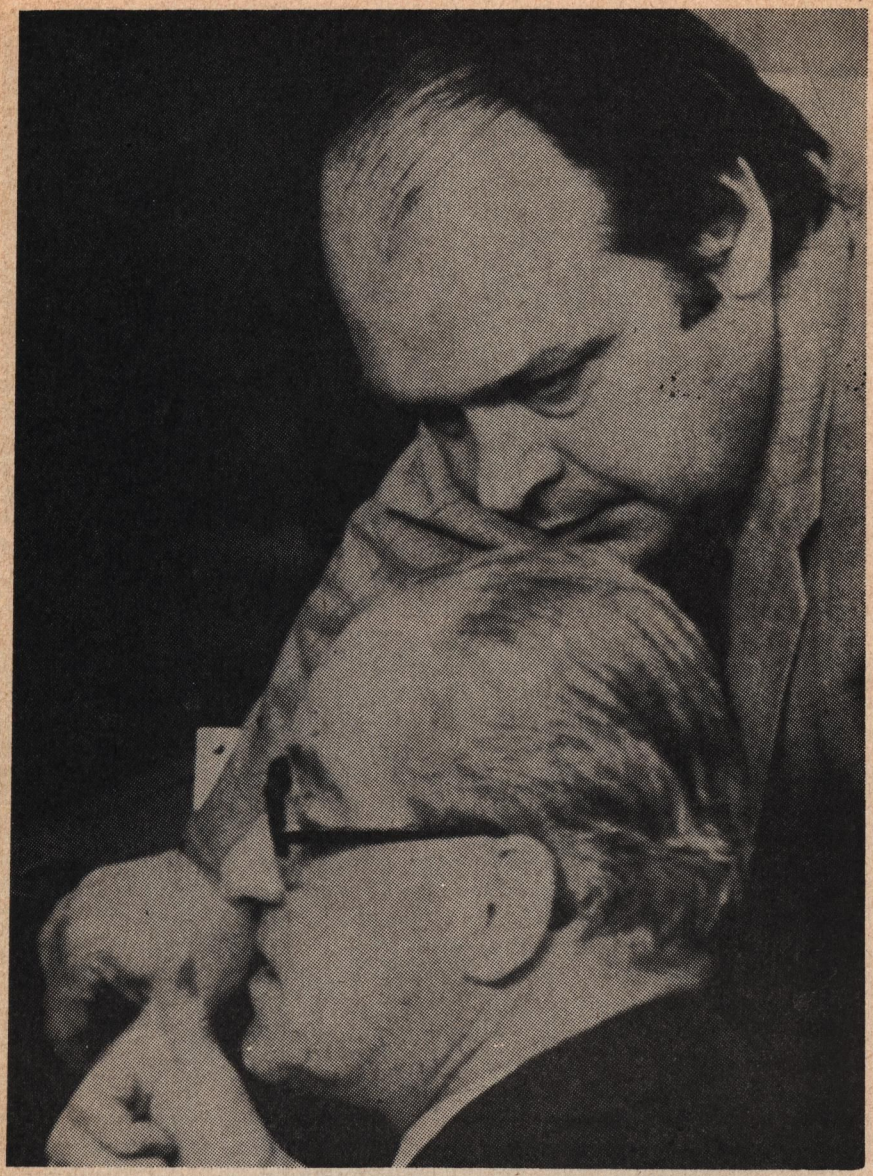
● Es steht also fest, sogar die „Süddeutsche Zeitung" bestätigte dies, daß Wienand vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß laufend gelogen und falsche Aussagen gemacht hatte.

● Es steht also fest, daß Wienand gegen 162 000 Mark seinen politischen Einfluß einsetzte, um einer Fluggesellschaft die Betriebserlaubnis zu erhalten, die dieser von den zuständigen Dienststellen wegen ihrer nicht gegebenen Sicherheitsvorkehrungen sonst längst entzogen worden wäre. Die 21 Toten der „Paninternational" bleiben also ungerächt.

Man kann verstehen, daß diese SPD diesen Karl Wienand trotz allem mit Glacéhandschuhen behandelte. Er könnte sich nämlich ansonsten daran erinnern, welche seine Aussagen beim Steiner-Ausschuß wahr und welche unwahr waren. Und dann könnte aufkommen, daß Willy Brandt seine zweite Kanzlerschaft einem handfesten politischen Betrug verdankt. Karl Wienand hat von seiner SPD nichts zu befürchten.

Daß Willy Brandt 1974 dann doch noch scheiterte, hat seinen pikanten Hintergrund. Nicht die Tatsache, daß prominente SPD-Politiker den „DDR"-Spitzel Günther Guillaume in seinen Posten im Bundeskanzleramt hievten, um ihm so den gigantischsten Verrat zu ermöglichen, den es je in der Bundesrepublik gab, war die eigentliche Ursache seines Sturzes. Willy Brandt stolperte über seine „Damengeschichten".

Für Wehner war Brandt schon lange problematisch geworden. Immer deutlicher bewies er seine Unfähigkeit, seiner utopischen Fata Morgana gerecht zu werden. Er stand der sich rasant verschlechternden Wirtschaftslage hilflos gegenüber. Der rote Theoretiker war so offensichtlich gescheitert, daß die achte Bundestagswahl für die SPD zur Gefahr werden konnte. Herbert Wehner sah daher schon seit geraumer Zeit im Sturz „seines" Willy Brandt die einzige Rettung der sozial-liberalen Koalition. Die Handhabe dazu boten ihm die menschlichen, allzu menschlichen Schwächen des roten „Landesvaters". Schon 1961 erregte ein Enthüllungsbuch „... da war auch ein Mädchen" über Brandts Liebesaffären mit der Bonner Journalistin Susanne Sievers Aufsehen. Da der Verlag Brandts Liebesbriefe, zum Teil auf dem Briefpapier des Deutschen Bundestages geschrieben (er unterzeichnete liebevoll „Dein Bär"), in Faksimile veröffentlichte, glückte es den SPD-Rechtsanwälten, diesen Tatsachenbericht, in dem der zwielichtige Charakter Willy Brandts angeleuchtet wurde, be-



Obwohl Wehners rechte und linke Hand, der parlamentarische Geschäftsführer der SPD im Deutschen Bundestag, Karl Wienand, offen der Falschaussage und der Korruption beschuldigt worden war, versuchte Wehner bis zum letzen Augenblick, seinen politischen Komplizen zu retten.

schlagnahmen zu lassen. Diesmal glückte eine Wiederholung eines solchen Manövers nicht. Denn jetzt war Brandts buntes Liebesleben im Verlaufe der Guillaume-Untersuchungen durch das Bundeskriminalamt aktenkundig geworden.

Darüber erschienen 1975 in den USA gleich zwei Brandt-Enthüllungen. Eine aus der Feder des amerikanischen Journalisten David Binder und der Korrespondentin Viola Herms-Draht, die laut „Stern" eine „verschmähte Brandt-Bekannte" war. Beide haben jahrelang in Bonn zugebracht und den SPD-Vorsitzenden sehr gut gekannt.

Binder schreibt, daß Wehner beim Sturz Brandts als Bundeskanzler die Informationen des Verfassungsschutzes über Brandts Damen-Affären benutzte, um ihm den Fangschuß zu geben. Verfassungsschutzpräsident Nollau hatte nämlich seinem Gönner Wehner davon Kenntnis gegeben, daß Brandts Leibwächter Ulrich Bauhaus bei der polizeilichen Vernehmung wegen des „DDR"-Spions Guillaume aussagte: Guillaume habe Brandt im Kanzlerzug und in einem Hotel willige Damen zugeführt. In einem zehneinhalbseitigen Protokoll berichtet Genosse Bauhaus über die Sexaktivitäten des Kanzlers und seines Spions. Wehner ging zu Brandt. David Binder berichtet darüber:

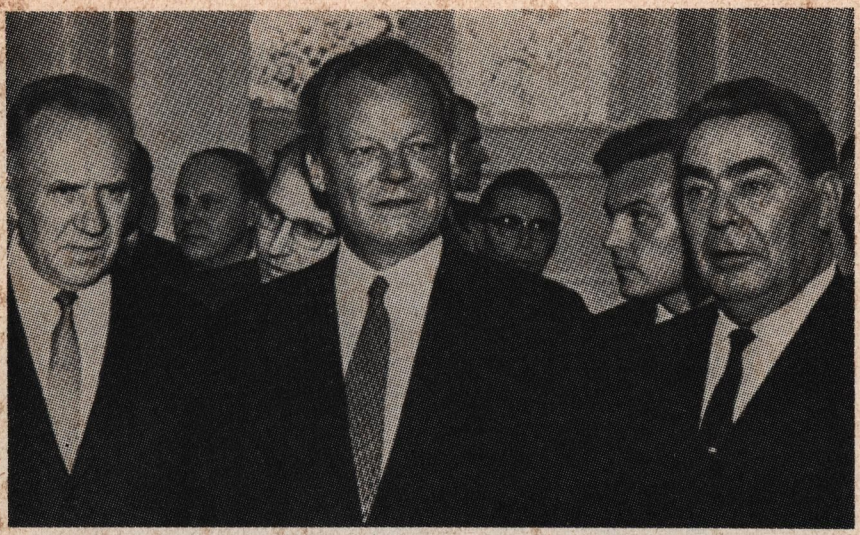
„Ich bin gescheitert", murmelte Brandt. „Ich denke an Rücktritt." Dann erwähnte er zögernd, daß die Justizbehörden wegen seiner Frauengeschichten ermittelten. „Ich bin froh, daß du das Thema nennst", erwiderte Wehner, „denn das macht es leichter für mich." Er setzte die Unterredung mit einem Überblick über das fort, was Nollau und Herold ihm 27 Stunden zuvor berichtet hatten. Brandt ging weiter hin und her, und bisweilen stöhnte er auf.

„Du mußt dich selbst informieren", drängte Wehner. „Du mußt dir die Papiere ansehen." Seufzer. Du mußt informiert sein, bevor du eine Entscheidung triffst." Seufzer. Brandt erwähnte seine Selbstmordgedanken. Sie trennten sich nach einer halben Stunde. („Der Spiegel" Nr. 47/1975)

Danach blieb der roten Symbolfigur der neuen Zeit mit dem sozialistischen Heiligenschein nichts anderes übrig als den Hut zu nehmen und seinem Intimfeind Wehner die Möglichkeit zu geben, den „Hoppla, jetzt komm ich"-Schmidt aus dem roten Hut zu zaubern, um so die damals durch den Guillaume-Skandal schwer gefährdete Niedersachsenwahl trotz allem zu gewinnen.

Guillaume wußte, was er trotz allem seinem Gönner Brandt schuldig war. Als er in einem Zivilprozeß, den Brandt gegen den Verlag „Politisches Archiv" in Landshut wegen des Buches „Guillaume – sein Freund, der Spion" anstrengte, zu Beginn 1976 aussagen sollte, weigerte sich der zu 13 Jahren verurteilte Kanzlerspion, vor Gericht zu erscheinen. Diskretion in pikanten Dingen bleibt selbst bei einem „DDR"-Chefspion Ehrensache!

Ein Kapitel des Guillaume-Skandals wurde im übrigen sorgsam verschwiegen: die Rolle des damaligen Kanzleramtsministers Professor Dr.



Willy Brandt nach der Unterschreibung des Verzichtsvertrages am 13. August 1970 in Moskau, rechts von ihm der kommunistische Parteichef Breschnew, links der sowjetische Ministerpräsident Kossygin.

Egon Bahr posierte im Moskauer Spiridonow-Palast stolz mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko (rechts) und dem Moskauer Botschafter in Bonn, Falin (links).

Horst Ehmke. Es ist für den Normalverbraucher geradezu unfaßbar, wenn er aus der Dokumentation des Personalratsvorsitzenden des Bundeskanzleramts, Ministerialrat Dr. Klaus Seemann, „Entzaubertes Bundeskanzleramt", erfährt, daß der Personalratsvorsitzende auf Grund des Verdachts der Spionage bereits am 10. Dezember 1969 gegen die beabsichtigte Einstellung Guillaumes Einspruch erhoben hatte. Genosse Ehmke entgegnete am 28. Januar 1970 großspurig: er teile die Bedenken gegen Guillaume nicht. Am Schluß sah sich aber Ehmke trotzdem gezwungen, eine formale Sicherheitsuntersuchung durchzuführen.

Wie Ehmke dabei vorging, das grenzt an beispiellose Verantwortungslosigkeit. Ehmke ließ Guillaume im Beisein von Ehrenberg (SPD) und Sicherheitsbeauftragten Schlichter vernehmen. Ehmke wies von vorneherein auf die Vertraulichkeit des Gesprächs hin und gestand, daß normalerweise Sicherheitsbedenken mit dem Betroffenen nicht erörtert würden. Ehmke teilte Guillaume dann mit, daß auf Grund von zwei Quellen der Verdacht besteht, daß er, Guillaume, nachrichtendienstlich gegen die Bundesrepublik Deutschland tätig geworden sei. Der Hauptmann der kommunistischen NVA, Guillaume, muß wahrscheinlich nur mit aller Anstrengung ernst geblieben sein. Natürlich erklärte er sofort, daß an all dem kein Wort wahr sei.

Damit gab sich Genosse Ehmke zufrieden, und so wurde der „DDR"-Spion, gegen den schon vor seiner Einstellung allerernstester Verdacht vorlag, mit Hilfe prominenter Sozialdemokraten gegen alle mündlich und schriftlich vorgebrachten Bedenken mit aller Gewalt ins Bundeskanzleramt gebracht. Der Vorgang ist wohl auf der ganzen Welt einmalig!

Mit Helmut Schmidt, in der SPD Schmidt-Schnauze genannt, kam eine völlig neue Garnitur zur Macht, die Garnitur der roten Macher. Es glückte ihm durch sein forsches Auftreten, dem Wähler, der durch das Brandt-Versagen empfindlich geschockt war, Sand in die Augen zu streuen und sich als Retter des Vaterlandes, besser gesagt, Retter der SPD zu installieren. Jetzt im Schatten der Bundestagswahl 1976 steht es nicht besonders um das Image des SPD-Kanzlerkandidaten. Die Dauerarbeitslosigkeit, das Versagen auf dem Bildungssektor und die katastrophalen Pleiten in der Wirtschaft haben die Stimmung in der Wählerschaft kritisch werden lassen. Diesmal kann man das Nobelpreistheater nicht wiederholen. Helmut Schmidt mußte sich daher zum Jahreswechsel mit der Ehrung durch das britische Wirtschaftsmagazin „Financial Times" zufrieden geben. Dieses ließ es sich nicht nehmen, den SPD-Kanzler zum „Mann des Jahres" zu küren. Wer den Artikel liest, dem kommt der Verdacht, daß er in der Propagandazentrale der SPD verfaßt worden ist. „Financial Times" bezeichnete den Bundeskanzler als einen Mann, dem es „irgendwie gelungen sei, sich als Jenseits der Politik darzustellen".

Genosse Helmut Schmidt „Jenseits der Politik" — nicht nur „irgendwie" — sondern eine völlig neue Masche der roten Macher, die mit dem Schein der Sachlichkeit die Wähler übertölpeln wollen.

Nach der Unterzeichnung des Polen-Vertrages sank Brandt am 8. Dezember 1970 in Warschau angesichts der Kameras der Weltpresse demonstrativ in die Knie, um so öffentlich Abbitte für deutsche Schuld zu leisten. Von der polnischen Schuld sprach er natürlich kein Wort.

Zur selben Zeit erfuhr der Bundesbürger, die Meinungsumfragen hätten ergeben, daß 60 Prozent der Westdeutschen Helmut Schmidt ihr Vertrauen gaben. Solche Meldungen sind geradezu unbezahlbar. Sie erzeugen in den Wählermassen eine sogenannte Sogstimmung: wenn nun Hunderttausende der Meinung sind, dann wird es wohl stimmen. Es entsteht in der Masse der Unentschiedenen, ja sogar der Kritischen, das Gefühl, das Rennen sei schon gelaufen. Nach dem Gesetz der politischen Trägheit schmilzt der Widerstand erheblich. Trotz des kläglichen Ergebnisses der Ostpolitik, trotz der vergeblichen Versuche Helmut Schmidts und seiner Crew, die schwer angeschlagene Wirtschaft gesundzubeten, und trotz der konstant bleibenden Million Arbeitslosen soll ein Gefühl erzeugt werden: nun, wenn es nicht schlechter wird, dann ist es noch erträglich.

Diese Umfragen sind ein Teil der gesteuerten Propaganda. Zur Jahreswende 1975/76 ergab ein Vergleich der zuletzt veröffentlichten Meinungsbefragungen deutlich solche Differenzen, daß die Unzuverlässigkeit der Befragung bewiesen, und der Verdacht, daß es sich um Umfragepropaganda handelt, bestätigt wurde. Allensbach meldete: für die CDU/CSU seien 50,7 Prozent der Wähler, für die SPD 39,7 Prozent, für die FDP 8,6 Prozent. Infratest dagegen: für die CDU/CSU 47 Prozent, für die SPD 40 Prozent, für die FDP 11 Prozent. Und Emnid stellte sogar fest: für die CDU/CSU 45 Prozent, für die SPD 43 Prozent, für die FDP 10 Prozent.

Diese Zahlen beweisen dokumentarisch, wie die frustrierten Bundesbürger schamlos manipuliert werden. Daher ist es notwendig, hinter die Kulissen zu schauen, hinter denen das eigentliche Spiel vor sich geht. Politik wird in einer Demokratie von den Parteien gemacht. Die Parteien aber werden überall auf der Welt von Männern geführt, die letztlich die Richtung und die Taktik der Parteien bestimmen.

Nach wie vor steht Herbert Wehner als Fraktionsvorsitzender der SPD am Schalthebel der Macht der SPD und zieht alle Fäden. Er läßt die roten Puppen tanzen, sogar die Kanzler, wie es das Beispiel Brandt bewies. Dabei ist kein anderer westdeutscher Politiker vom Zwielicht seiner Zeit so gezeichnet wie gerade dieser Herbert Wehner. Herbert Wehner, 1906 in Dresden geboren, schloß sich 1927 der KPD an und wurde bald Funktionär. Wenig später war er kommunistischer Landtagsabgeordneter in Sachsen, schließlich stellvertretender Vorsitzender der Landtagsfraktion. 1931 wurde Herbert Wehner Mitglied des ZK der KPD und schließlich persönlicher Sekretär des Kommunistenbosses Ernst Thälmann. Nach dessen Verhaftung 1933 ging Wehner in den Untergrund, schloß sich der Gruppe Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht an. 1934 befahl die Komintern Wehner nach Saarbrücken, wo er gegen den Anschluß der Saar an Deutschland und beim Aufbau einer KPD/SPD-Volksfront arbeitete. Im Anschluß daran wurde er nach Prag befohlen, um von dort aus eine illegale KPD in Deutschland aufzubauen. Die tschechische Polizei

nahm Wehner, der natürlich mit falschen Papieren ausgestattet war, fest und sperrte ihn vier Wochen ein. Dann wurde er an die polnische Grenze überstellt. Dort wurde Wehner schon erwartet und nach Moskau weitergeleitet. Nach dem VII. Weltkongreß der Komintern 1935 trat in Moskau das Auslandskomitee der KPD zusammen. Seine Führung übernahmen Pieck, Ulbricht und Wehner. Wehner vor allem erhielt den neuerlichen Auftrag, die illegale KPD aufzubauen. Zu diesem Zwecke reiste er noch 1935 nach Frankreich, Belgien und Holland. Im Februar 1936 überschritt er illegal die holländisch-deutsche Grenze und hielt sich sechs Wochen lang im Reichsgebiet auf, um konspirative Besprechungen mit illegalen Kommunisten zu leiten. Im April rief ihn ein Befehl nach Paris. Dort erhielt er den Auftrag, Freiwillige für die „Internationale Brigade" des spanischen Bürgerkriegs anzuwerben.

Gleichzeitig gründete er in Paris 1936 das „Komitee zur Schaffung der deutschen Volksfront". Neben zahlreichen linksliberalen und linksradikalen Persönlichkeiten wurde der gleichzeitig verfaßte „Aufruf für Frieden, Freiheit und Brot" von prominenten Sozialdemokraten und Kommunisten unterzeichnet, die sich in Paris befanden. Unter den Sozialdemokraten und Linkssozialisten unterschrieb auch Genosse Willy Brandt; auf seiten der Kommunisten Ulbricht und Wehner. Die Bindungen von Brandt und Wehner gehen also auf das Jahr 1936 zurück.

Nach einem kurzen Zwischenspiel in London wurde Wehner dann nach Skandinavien entsandt, wo gerade der Sowjetspion Wollenweber verhaftet worden war. Wehner arbeitete von Kopenhagen aus, von Oslo und schließlich von Stockholm. Jetzt lautete Moskaus Auftrag an Wehner eindeutig: Spionage gegen Deutschland. Am 18. Februar 1942 verhaftete die schwedische Polizei den Sowjetagenten Wehner, der sich Svensson nannte, aus der Wohnung der sowjetisch-britischen Doppelagentin Frieda Wagner heraus. Am 29. April 1942 wurde er vom königlichen Amtsgericht Stockholm wegen „Spionagetätigkeit zugunsten einer fremden Macht" zu einem Jahr Gefänignis verurteilt. In der Berufungsverhandlung wurde die Strafe am 12. November 1942 von Gefängnis in Zuchthaus verschärft.

Sofort nach seiner Verhaftung wollte der schwedische Rechtsanwalt Dr. Georg Branting, sozialistischer Reichstagsabgeordneter, die Verteidigung Wehners übernehmen. Doch nach Akteneinsicht erklärte Dr. Branting: „Dieser Mann ist weder ein Kommunist noch ein Antifaschist. Wehner ist ein Provokateur und ein Verräter. Ich muß es ablehnen, ihn zu verteidigen." Darüber hinaus bezeichnete Branting Wehner nach den Aufzeichnungen des Kommunisten Karl Mewis „Im Auftrag der Partei" verächtlich einen „Acht-Groschen-Jungen".

Sofort nach seiner Verhaftung hatte sich Wehner der schwedischen Polizei zur Verfügung gestellt und illegale Wohnungen und Verstecke seiner kommunistischen Genossen verraten. In Deutschland wurden, da die Schweden der Gestapo Einsicht in Wehners Aussagen gaben, zahlreiche Kommunisten verhaftet; einige verloren ihr Leben. Schon am 8. Juni 1942

wurde Herbert Wehner „Wegen Nichtdurchführung von Parteibeschlüssen, wegen erwiesenen Denunziantentums, wegen fahrlässigem und parteischädigendem Verhalten“ aus der KPD ausgeschlossen. Der Beschluß wurde vorerst nicht veröffentlicht, um die Genossen in Schweden nicht zu verwirren, die von der Rolle, die Wehner spielte, noch nichts wußten.

Nach Verbüßung der Zuchthausstrafe steckten die Schweden Wehner in die Internierung. Zwei Jahre und fünf Monate verbrachte er nach seiner Verurteilung in den Strafanstalten Falun, Fernberg, Langholmen; zuletzt im Lager Smobode. Im Sommer 1944 kam Wehner wieder auf freien Fuß. Erst nach dem Krieg erhielt die Öffentlichkeit Einsicht in die Prozeßakten. Daher versuchte sich Wehner 1945 noch in Schweden wieder der KPD anzubiedern, aber die Genossen zeigten ihm nun die kalte Schulter.

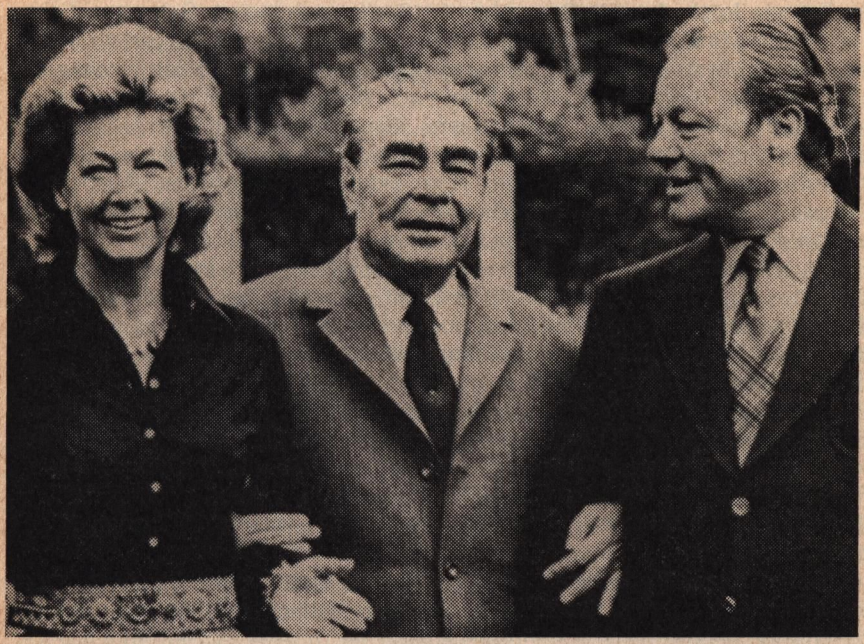
Hans Frederik berichtete in seiner Dokumentation „Gezeichnet vom Zwielicht seiner Zeit“, wie er später von seinen ehemaligen Mitarbeitern eingeschätzt und behandelt wurde.

„Als Wehner im Jahre 1963 gemeinsam mit Willy Brandt und dessen Frau den Parteitag der Schwedischen SP besuchte, bei dem Brandt eine Pressekonferenz gab, kam es zu einer solchen Konfrontation. Solveig Hansson, seinerzeit auf Grund der Mitteilsamkeit ihres Tatgenossen mit Wehner auf der gleichen Anklagebank, im Jahre 1963 Korrespondentin des ADN (Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst der ‚DDR‘), hatte zu dieser Pressekonferenz auch eine Einladung erhalten. Solveig Hansson saß in einer der vorderen Reihen, von Wehner sofort erkannt. Wehner vermied jeden Blick und saß während der ganzen Pressekonferenz mit betretenem Gesichtsausdruck, sich sichtlich unbehaglich fühlend, mit geneigtem Kopf wie auf der Armen-Sünder-Bank. Ein peinvoller Zufall wollte es überdies, daß gerade in jenem Augenblick, als Solveig Hansson über eine schmale Treppe zum Konferenzraum ging, Herbert Wehner mit seiner Frau über die gleiche Treppe herunterkam und seiner ehemaligen Tatgenossin plötzlich gegenüberstand.

Befragt, schilderte Solveig Hansson heute diese Begegnung so: ‚Als ich die Treppe hinaufstieg, sah ich oben Wehner mit Frau herunterkommen. Den Augenblick, in dem Wehner mich erblickte, werde ich nie vergessen. Er blieb wie erstarrt mitten auf der Treppe stehen, starrte mich ungläubig an, verließ dann seine Frau, machte kehrt und stürmte dann, wie von Wölfen gehetzt, wieder die Treppe aufwärts. Das schlechte Gewissen läßt diesen üblen Renegaten nicht los. In solchen Augenblicken kann er es nicht verbergen, in Augenblicken, in denen er an seine zwielichtige Vergangenheit erinnert wird.‘“

Aber das Glück verließ Wehner trotz alledem nicht! Während er in der Zelle 314 der schwedischen Strafanstalt Falun saß, hockte in der Nachbarzelle, als britischer Saboteur abgestraft, der Sozialdemokrat Arno Behrisch, der nach 1945 Bundestagsabgeordneter der SPD wurde. Mit

Bahr unterzeichnete am 8. November 1972 den Grundvertrag mit der „DDR", der den Abschied der Deutschen von Deutschland besiegelte.



Leonid Breschnew am 18. Mai 1973 in Bonn, Arm in Arm mit Willy und Rut Brandt, voll Zufriedenheit, daß Brandts Ostpolitik die sowjetische Westpolitik erfolgreich förderte.

dessen Hilfe diente sich 1946 der nun politisch heimatlos gewordene Wehner der SPD an. Solange aber Kurt Schumacher lebte, war ihm die Karriere in der SPD verbaut. Erst als Schumacher 1952 starb, kam für Wehner grünes Licht in der SPD.

Vergebens hatte Schumacher, wie Peter Kohnen in seiner Dokumentation „Deutschland Deine SPD" berichtet, noch auf dem Totenbett vor Wehner gewarnt: „Laßt diesen Mann nie in der Partei hochkommen!" Zeugen waren: Erich Ollenhauer, Wilhelm Mellies, Annemarie Renger und Stefan Thomas.

Am SPD-Parteitag im Mai 1958 in Stuttgart wurde Wehner mit Hilfe der Partei-Linken, ebenso wie Willy Brandt, erstmals in die SPD-Führungsspitze gewählt. Seine zweite politische Karriere begann. Diesmal sorgte er dafür, daß ihn niemand mehr ausschließen konnte.

Was ist die SPD für eine Partei, von dessen Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag Vorstehendes in vielen Zehntausenden Dokumentationen gesagt werden kann, ohne daß er es jemals gewagt hätte, zu dementieren oder gar zu klagen?

Der Weg des Parteivorsitzenden der SPD, Herbert Ernst Karl Frahm, der seinen Namen in Berlin am 11. August 1948 in Brandt abändern ließ, verlief wie folgt: Am 18. Dezember 1913 als unehelicher Sohn von Fräulein Martha Frahm angeblich in Lübeck geboren, wuchs er praktisch bei seinem Großvater Ludwig Frahm, einem engagierten Sozialdemokraten, auf. In seiner Biographie „Mein Weg nach Berlin", in der Brandt von sich in dritter Person spricht, schreibt er: „Den Vater hat er nie gekannt, er wußte nicht einmal, wer er war, und er wollte es auch nicht wissen. Er trug den Namen der Mutter, vom Vater wurde nie gesprochen." Über die Person dieses Vaters entstanden nach 1945 zahlreiche Gerüchte, die aber nie eine Bestätigung fanden.

Als Schüler war er zuerst bei den Kinderfreunden, später trat er der SAJ, der Jugendgruppe der SPD bei. Mit siebzehn Jahren verließ er die SAJ und trat dem Sozialistischen Jugendverband der Sozialistischen Arbeiterpartei bei. Die SAP, eine linkssozialistische Gruppierung, stand politisch zwischen SPD und KPD.

1933 verließ Frahm/Brandt Deutschland. Über den Grund, warum Brandt emigrierte, gibt es ebenfalls zahllose Gerüchte, die nicht aufgeklärt werden konnten. Tatsache ist nur, daß sich Brandt nach einem feucht-fröhlichen Abschiedsabend in Travemünde in der Nacht vom 3. auf 4. April 1933 vom Fischer Paul Stoss mit dem Kutter TRA 10 nach Dänemark fahren ließ.

Die dänischen Jungsozialisten halfen Brandt weiter bis Oslo. Dort wurde er sehr schnell Vorsitzender der sozialistischen Flüchtlingsvereinigung und bekam durch die Unterstützung der norwegischen Jungsozialisten Studienerlaubnis an der Universität. Doch das Studium ließ er bald sein und trat Anfang 1934 dem linken Flügel der norwegischen Arbeiterpartei bei, ohne die Bindung mit der SAP ganz abreißen zu lassen. Die

norwegische Sprache lernte Brandt, wie er selbst berichtet, so schnell und gründlich, „als wäre sie meine Muttersprache". Im Sommer 1936 reiste Brandt mit gefälschtem Paß nach Paris. Ende des Jahres tauchte er in Wien auf. In jenen Jahren träumte Brandt von einer roten Volksfront. In der marxistischen „Tribune" Nr. 5 bekannte er im Oktober 1936: „Ich stehe vor der Aufgabe, eine wahre kommunistische und proletarische Partei der Massen auf dem Boden der westlichen Arbeiterbewegung aufzubauen."

Im Februar 1937 reiste Brandt nach Barcelona. Aber nicht, um zu kämpfen, sondern um als Korrespondent über den Spanischen Bürgerkrieg für skandinavische Blätter zu schreiben. Gleichzeitig hatte er den Sonderauftrag von der SAP, die POUM, eine trotzkistische Gruppierung, zu beraten. Am 1. Mai 1937 veröffentlichte Brandt in der Zeitung „Die spanische Revolution" einen Aufruf an die deutsche Jugend und forderte sie auf, entweder Sabotage zu treiben oder in Reihen der rotspanischen internationalen Brigade zu kämpfen. Trotzdem hielt er sich in Barcelona nicht lange und zog sich vorerst nach London zurück, um dann in Oslo als Sekretär des norwegischen Spanien-Komitees sich zu bemühen, die Rotspanier finanziell zu unterstützen.

In diesem Punkt ähnelt der Lebensweg Brandts dem Wehners: beide zogen es vor, dem spanischen Schlachtfeld fern zu bleiben. Wehner rekrutierte in Paris Freiwillige, Brandt sammelte in Oslo Gelder für die Rotspanier.

1936 erhielt Brandt, nachdem er im selben Jahr in Deutschland ausgebürgert worden war, die norwegische Staatsbürgerschaft. Als der Krieg ausbrach, zog Brandt norwegische Uniform an. Aber wieder nicht, um zu kämpfen, sondern um unerkannt in der Masse unterzutauchen, was auch gelang. In der Lapskau-Kompanie wurde er ins Kriegsgefangenenlager nach Dovre transportiert und schon Anfang Juni 1940 von den Deutschen entlassen. Nun wich er schnell über die schwedische Grenze und verlebte den Krieg in Stockholm als Publizist. Seine Veröffentlichungen wandten sich ausschließlich gegen Deutschland. 1942 erschien von Brandt ein Lehrbuch für die Heckenschützen „Guerilla-Krieg", eine Art Leitfaden für den politischen Meuchelmord. Im Mai 1945 kehrte Brandt eilig von Stockholm nach Oslo zurück, aber man hatte in Norwegen für ihn keine Verwendung. Brandt stand der Situation fassungslos gegenüber. Enttäuscht kehrte er nach Stockholm zurück, wo er bei der sozialistischen Zeitung „Arbeiter Bladet" eine untergeordnete Stellung als Lokalredakteur bekam. Schließlich schickte man Brandt als Berichterstatter der Zeitung zum Nürnberger Prozeß. Es war deutlich: Brandt befand sich auf dem Abstellgleis.

Zu dieser Zeit schrieb er sein schändlichstes Buch „Forbrytere og andre Tyskere" (Verbrecher und andere Deutsche). Darinnen wurde sogar die brutale Terror- und Schändungspolitik der Sowjets von Brandt, der sie natürlich nicht leugnen konnte, entschuldigt; besonders die Greu-

eltaten an den Sudetendeutschen: „Eine große Anzahl von Sudetendeutschen beging Verrat gegen die tschechoslowakische Republik, die ihnen trotz allem sehr große Minderheitsrechte gegeben hatte." (Seite 221)

Für die Sowjets hatte Brandt folgende Entschuldigung: „Und so gibt es niemanden, dem es unverständlich erscheint, daß in der Sowjetunion ein starker Haß und ein starker Drang nach Rache aufflammte." (Seite 77)

Die alliierten Verfolgungsmaßnahmen in Deutschland, besonders im Westen, waren ihm zu wenig, und er beklagte es, daß nur sehr langsam die Westalliierten an die Reinigung herangingen. Ja, er forderte zur Liquidierung förmlich auf: „Ich habe mich nie zu einer Begeisterung für Todesurteile aufraffen können, aber so wie die Welt, in der wir leben, nun einmal ist, rechne ich damit, daß es notwendig sein werde, eine ganz große Anzahl von wertlosem nazistischen Leben auszulöschen." (Seite 23) Sein Haß gegen das deutsche Volk kannte keine Grenzen!

Von der Prozeß-Berichterstattung aus Nürnberg zurückgekehrt, wandte er sich an den norwegischen Außenminister Lange, mit der Bitte, ihn im diplomatischen Dienst unterzubringen. Lange versprach, Brandt als Kulturattaché an die norwegische Botschaft in Paris zu entsenden. Ehe dies geschah, forderte der Pressechef der norwegischen Militärmission in Berlin, Major Jens Schive, einen Mann für delikate Nebenaufgaben. Lange ließ Brandt in die Uniform eines norwegischen Majors stekken und zu Schive in Marsch setzen. Brandts Aufgabe in Berlin war, die Verbindung zu den Spezialeinheiten bei den verschiedenen Militärmissionen, vor allem mit Ost-Berlin, zu halten und Informationen für die Norweger zu sammeln. Politisch wurde er von den SED-Genossen als ihresgleichen angesehen. Der Kommunist Karl Mewis berichtet in seinen Erinnerungen „Im Auftrag der Partei": „Damals befand sich die Landesleitung Berlin der SED schon in der Behrenstraße. Ich arbeitete dort als Sekretär für Agitation und Propaganda. Einige Wochen nach der Vereinigung erschien in meinem Büro ein norwegischer Offizier, der mich freudig begrüßte. Es war Willy Brandt. Begeistert sprach er von der Einheitspartei und erklärte, seine Hauptaufgabe sehe er darin, in West-Berlin für die Vereinigung zu wirken."

Jakob Walcher, ehemaliger SAP-Genosse Brandts, bestätigte, laut „Pinar-Pressedienst" vom 1. Juli 1964, noch 1963 vor Zeugen: „Der norwegische Presseattaché Willy Brandt galt im SED-Parteihaus als Persona grata. Wir haben noch wenige Tage vor seiner westlichen Erklärung eher eine östliche erwartet."

Brandt wußte von Anfang an, daß die Zeit der Berliner Militärmissionen nicht für lange Dauer gedacht war. Da er überdies zur gleichen Zeit in norwegischen Zeitungen heftig kritisiert wurde, sah sich Brandt nach der Gelegenheit einer neuen Beschäftigung um, er bewarb sich um eine Anstellung bei der Presseagentur Dana. Doch deren Leiter, Johannes Müller, lehnte ab. Brandt befand sich in keiner beneidenswerten Situation.

Der Kanzler und sein Spion Günther Guillaume, der unterdessen zu 13 Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Noch immer weiß die Öffentlichkeit nicht, daß führende Sozialdemokraten, vor allem Professor Dr. Horst Ehmke, mit allen Mitteln den bisher erfolgreichsten Sowjetspion ins Bundeskanzleramt gehievt haben.

Er war in Norwegen gescheitert. Und nun sah es so aus, daß er in Westdeutschland kein Bein an Deck bekommen konnte. Er hatte sich regelrecht zwischen alle Stühle gesetzt. Wieder war es wie bei Wehner der SPD-Abgeordnete Arno Behrisch, der Brandt die ersten Kontakte zur SPD herstellte. Es war für Brandts neue Karriere von Vorteil, daß Dr. Kurt Schumacher, der Parteivorsitzende der SPD, in dieser Zeit politisch isoliert in Hannover saß. Er brauchte dringend einen Verbindungsmann für die SPD zu den Alliierten in Berlin. Obgleich Schumacher sein Mißtrauen gegen Brandt nie ganz überwand, wurden sie Ende 1947 handelseinig. Brandt ging als SPD-Verbindungsmann nach Berlin. Damit hatte er den Job seines Lebens gefunden. Er änderte wieder seine Staatsbürgerschaft und ließ sich 1948 in Schleswig-Holstein neuerlich einbürgern.

1950 wurde Brandt in Berlin SPD-Vorstandsmitglied. Ab 1953 saß er bereits als Mitglied des Fraktionsvorstandes der SPD im Deutschen Bundestag. Im Januar 1955 wurde er von der SPD-Fraktion im Westberliner Abgeordnetenhaus zum Präsidenten des Hauses gewählt. Ende 1957 wurde Willy Brandt Regierender Bürgermeister von Berlin. Nun war er nicht mehr aufzuhalten. 1958 wurde Brandt in den Parteivorstand der SPD gewählt, 1960 als Kanzlerkandidat bestätigt. Die Bundestagswahl 1961 brachte ihm einen Rückschlag, denn er fiel durch. 1965, als er wieder kandidierte, fiel er wieder durch. Brandt war völlig resigniert. Er äußerte sich: „Mit meinem Verzicht auf die Kandidatur für 1969 werde ich meiner Partei am besten dienen."

Da kam es am 1. Dezember 1966 zu dem Kompromiß-Kabinett unter dem CDU-Kanzler Dr. Kurt Georg Kiesinger, und in der Großen Koalition wurde Willy Brandt Vizekanzler und Außenminister. Der erste Schritt zur Macht war getan, Brandt und Wehner, gemeinsam aufgestiegen, mühten sich in jungen Jahren um die Volksfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Als gereifte Männer an der Macht, unternahmen sie alles, um das Ziel ihrer Jugend weitmöglichst zu verwirklichen.

Der interessantere Fall der beiden SPD-Führer ist zweifellos der des Genossen Wehner. Das schlechte Gewissen wegen seines Verrates an den eigenen Genossen in Schweden löste bei ihm, dem Beschimpften und Ausgestoßenen, eine demütige Bereitschaft zur Wiedergutmachung aus. Die Grundhaltung der beiden Berufsrevolutionäre änderte aber nichts daran, daß sie auch als Informanten für westliche Nachrichtendienste tätig zu sein bereit waren. Karl Mewis behauptet in seiner Dokumentation „Im Auftrag der Partei" offen, daß Wehner nebenbei für den Secret Service tätig war.

Hans Frederik schreibt in „Gezeichnet vom Zwielicht seiner Zeit" ganz offen, daß Wehner mit Hilfe der Engländer nach Deutschland zurückkehrte. Auch Peter Kohnen bestätigt, Wehner sei aufgrund einer „Sondergenehmigung" der britischen Gesandtschaft in Stockholm 1946 in Hamburg eingelangt. Damit steht Wehners konspirative Verbindung in dieser Zeit mit den Engländern wohl außer Zweifel.

Brandt wieder wurde bei Kriegsende von schwedischen und polnischen Zeitungen verdächtigt, ab 1943 als „Korrespondent" amerikanischer Zeitungen entsprechende Kontakte gepflogen zu haben. Im Dezember 1973 behauptete Stanley Karnow in der amerikanischen Zeitschrift „New Republic", Brandt sei in den frühen 50er Jahren besoldeter CIA-Agent gewesen. Dasselbe hatte schon vorher der ehemalige CIA-Beamte Marquetti erklärt. Selbstverständlich wurden diese Behauptungen über Wehners und Brandts „Nebentätigkeiten" mit Stillschweigen übergangen.

Zu diesen beiden paßte genau ein Typ wie Egon Bahr, dessen Lebenslauf allerdings ganz anders ist. Bahr wurde am 18. März 1922 im thüringischen Kreis Langensalza geboren. Der Abiturient erhielt 1940 keine Studienerlaubnis in Berlin; er hatte eine jüdische Großmutter. So trat er als kaufmännischer Volontär in den Rüstungsbetrieb Rhein-Metall-Borsig in Berlin ein. Von dort wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Nach 22 Monaten Flakdienst sollte der Fahnenjunkerunteroffizier Bahr auf die Kriegsschule. Statt dessen wurde er aus der Wehrmacht entlassen. Grund: wieder die jüdische Großmutter. Bahr wurde nun bei seinem alten Rüstungsbetrieb dienstverpflichtet.

1945 versuchte er in Ost-Berlin seine journalistischen Sporen bei der sowjetischen „Berliner Zeitung", zuerst unter Sowjetoberst Alexander Kirsanow, später unter dem KGB-Mann Rudolf Herrnstadt zu erwerben. Aber schon im Oktober 1945 wechselte er die Fronten und setzte sich nach West-Berlin ab. Rangmar Staffa berichtet in seiner Dokumentation „Egon Bahr, der geheime Diener", wie es weiterging.

„Der Flüchtling Egon Bahr schien den Amerikanern geeignet: er protokollierte, identifizierte politische Ebenen, klärte Aufgabenstellungen, und fing sowjetische Besatzungs-Atmosphäre für die Amerikaner ein: Er enthüllte die Liebelei einer ‚Berliner Zeitungs'-Sekretärin mit dem ‚Berliner Zeitungs'-Fotografen Alois Gallina; er enträtselte vor allem auch die Eigentumsverhältnisse der ‚Berliner Zeitung'. Die Russen-Gazette, so erläuterte Bahr das hierarchische ‚Berliner Zeitungs'-Unternehmen, sei nur kurze Zeit offiziell in den Händen der Roten Armee geblieben, dann wurde die Postille als Geschenk der Russen dem Berliner Magistrat vermacht. Gerhard Kegel, Rudolf Herrnstadt und die Schwiegertochter Wilhelm Piecks, Margarete Pieck-Lode, hätten, so lüftete Bahr ein damals streng gehütetes Geheimnis, die ‚Berliner Zeitung' voll und ganz in Händen. Dahinter steht natürlich die KPD, enthüllte Bahr."

Wie Staffa enthüllt, setzten die US-Offiziere Bahr in die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung", wo er als Journalist und Nachrichtenübermittler diente. Bahr hielt gleichzeitig, offensichtlich im Dienste seiner Tätigkeit, weiter Kontakt zu den Sowjetrussen in Ost-Berlin und „sorgte für zusätzlichen Umlauf bei der politischen Informations-Transaktion".

Von der „Allgemeinen Zeitung" wechselte er zum „Tagesspiegel", der ihn als Korrespondenten nach Bonn schickte. Gleichzeitig erhielt Bahr

einen Job beim amerikanischen Rias-Sender in West-Berlin. Damit begann Bahrs Karriere. Er hatte jetzt sowohl ein Büro in Bonn wie in West-Berlin.

1960 avancierte er, der längst der SPD beigetreten war, zum Senatspressechef von West-Berlin und wurde Intimus von Willy Brandt. Von nun an entstand ein mysteriöses Verhältnis: Bahr stand im Hintergrund, Brandt an der Rampe. Schon 1957 hielt Bahr in einem geheimgehaltenen Papier die Grundzüge seiner Kompromißpolitik fest, vor allem die Existenz zweier deutscher Staaten. Nach dem Rücktritt des US-Außenministers John Foster Dulles setzte sich in Washington langsam, aber sicher der Wunsch nach Entspannung mit Moskau durch. Diese Entspannung hatte ein schweres Hindernis: die deutsche Frage, besser gesagt, die deutsche Wiedervereinigung. In Egon Bahr fanden die amerikanischen Entspanner einen Mann, der willens war, ihnen dieses letzte Hindernis aus dem Weg zu räumen.

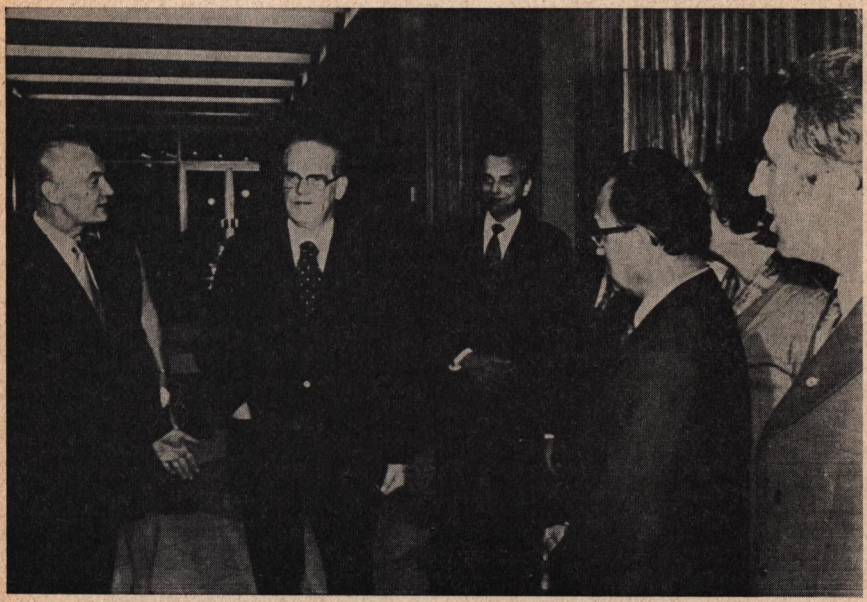
Anfangs verfolgten die Sowjets Bahrs Bestrebungen mit Mißtrauen, bis sie erkannten, welche Chance ihnen hier zugespielt wurde.

Als Brandt als Außenminister der Großen Koalition nach Bonn übersiedelte, quartierte sich Bahr im Zimmer 341 des Auswärtigen Amtes ein. Das große Spiel der grauen Eminenz begann. Vor der Evangelischen Akademie in Tutzing legte Egon Bahr am 15. Juli 1963 die Karten auf den Tisch, als er bekannte, daß „die Wiedervereinigung nicht ein einmaliger Akt ist, der durch einen historischen Beschluß an einem historischen Platz auf einer historischen Konferenz ins Werk gesetzt wird, sondern ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen". Damit wurde Bahr zum Weichensteller der Brandtschen Ostpolitik, der Politik der „kleinen Schritte", die alle nicht Deutschland, sondern der Sowjetunion und Polen sowie den Tschechen dienten. Die Grundzüge waren wohl gleichermaßen bei Nikita Chruschtschow wie bei John F. Kennedy entstanden.

Diese Gedanken waren die Voraussetzung für die weltweite trügerische Entspannung, damit begründet, man müsse den Mitteldeutschen zu menschlicheren Erleichterungen verhelfen: Ein billiger Bluff. Mehr als zehn Jahre nachdem er begann, steht noch immer die Mauer in Berlin, wird noch immer entlang der Demarkationslinie scharf geschossen, wenn Deutsche von Deutschland nach Deutschland wollen. Für die „DDR"-Bürger gibt es keine freie Ausreise, ja sogar Kinder von Republikflüchtlingen werden brutal zwangsadoptiert. Nicht umsonst schrieb Rangmar Staffa über Egon Bahr: „Der größte und geschickteste Lügner, dem Brandt es verdankt, daß die Ostpolitik dem Volk verkauft werden konnte."

Nachdem diese verräterische Ostpolitik, für jedermann erkenntlich, kläglich gescheitert ist und sich als der größte Erfolg der Moskauer Westpolitik erwies, entblödeten sich die SPD-Genossen Brandt und Schmidt nicht, den toten Konrad Adenauer anläßlich seines 100. Geburtstages politisch zu mißbrauchen. Sie behaupteten frech: Adenauer hätte zwar die Verträge von Moskau, Warschau, Prag und Ost-Berlin nicht wörtlich so formuliert, aber sicher im Grundkonzept beigestimmt.

Es war ein langer Weg des in Schweden abgestraften Spions gegen Deutschland und wegen Versagens und erwiesenen „Denunziantentums" aus der KPD ausgeschlossenen Herbert Wehner, bis zu dem Augenblick, wo er wieder in Ost-Berlin, in Warschau und in Moskau auftauchen durfte, um seine „guten Dienste" seinen ehemaligen Genossen anzubieten.
Getrieben von dem unbändigen Drang zur Wiedergutmachung an den von ihm in Schweden verratenen kommunistischen Genossen, ist Wehner das größte Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik Deutschland.



Helmut Schmidt, der nach Brandts Sturz zur Macht kam, war von Anfang an ein Gefangener der Politik, die Wehner, Brandt und Bahr festgelegt hatten. Zu Beginn des Jahres 1976 demonstrierte Wehner durch seine neuerliche Warschau-Reise zu den polnischen Kommunisten, wer in Wahrheit über die Politik in der Bundesrepublik Deutschland entscheidet: der Zuchtmeister der SPD oder der geschwätzige FDP-Außenminister. So wie Bahr seinerzeit in Moskau und Warschau den damaligen Außenminister Scheel überspielte, so stellte nun Wehner Außenminister Genscher in die Ecke.

Schmidt versuchte sich als realistische Alternative auf das Regime der sozialistischen Visionäre in der Öffentlichkeit darzustellen. Getarnt mit der volkstümlichen Prinz-Heinrich-Kappe, möchte er mit seiner unterkühlten norddeutschen Art beim Bundesbürger als ein Mann der Realitäten Vertrauen erwecken. Er redet viel, allzuviel, und nur der aufmerksame Zuhörer hört, wie oft er sich widerspricht. Ein Journalist schrieb über Schmidt beißend: „Genosse Computer".

Außer den allzu oft sich widersprechenden Reden änderte sich unter Schmidt nichts. Die Folgen der Ostpolitik in Tributzahlungen, bei denen wir wahrscheinlich erst am Anfang stehen, gehen ungehindert weiter.

Trotz aller großen Worte verbesserte sich die Wirtschaft im Grundsatz nicht. Im Gegenteil, ihr Gleichgewicht ist sichtlich gestört. Die Ursachen liegen keineswegs, wie man glaubhaft machen will, nur in der Weltwirtschaftskrise oder der Preisentwicklung der Rohöleinfuhr, sondern sie wurde in Bonn selbst gestrickt. Die Verminderung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnerhöhung führte zu einer solchen Verteuerung unserer Produktion, daß wir auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig sind. Allein 1975 ging der Export um neun Prozent zurück. Dazu kommt, daß das ewige Gerede der sozialistischen Gewerkschaften von der „Demokratisierung der Wirtschaft", sprich Sozialisierung, und die wiederholte Feststellung, daß die paritätische Mitbestimmung zu eben der „Demokratisierung der Wirtschaft" führen, die Investitionsbereitschaft der Unternehmer auf ein Minimum zusammenschrumpfen ließ.

Kein Geringerer als Bundeswirtschaftsminister Friderichs (FDP) gestand am 20. Februar 1975 im Deutschen Bundestag: die negative Entwicklung in der Weltwirtschaft habe „für die Bundesrepublik keine Alibifunktion".

Bundeskanzler Schmidt tut aber so, als sei dieses aufschlußreiche Eingeständnis seines eigenen Wirtschaftsministers nie abgegeben worden. Mit wachsender Hektik versucht er, die Mißerfolge, die Rückschläge, die seine Regierung hinnehmen muß, lautstark herunterzuspielen.

Tatsachen aber lassen sich nicht leugnen: im Jahre 1975 gab es in der Bundesrepublik Deutschland laut Feststellung des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden keine Zuwachsraten in der deutschen Industrie. Die gesamte Erzeugung sank um 1,5 Prozent. Beim Handwerk schrumpfte die Zahl der Betriebe von 600 000 (1969) auf 528 000 (1974). Allein 1975

wurden 9500 Konkurse angemeldet. Eine Pleitewelle wie noch nie überrollt die deutsche Wirtschaft. Sie steigert sich mit jedem Jahr der sozialliberalen Koalition: 1973: 5515 Konkurse, 1974: 7722. Nun haben wir im abgelaufenen Jahr 1975 nahezu 10 000 Konkurse erreicht.

Gleichzeitig bläht die sozial-liberale Koalition den staatlichen Beamtenapparat unverantwortlich auf. Von 1971 bis 1974 stiegen die Ausgaben der öffentlichen Haushalte von 168,9 Milliarden Mark auf 246 Milliarden.

Trotz steigender Steuern, erhöhter Gebühren bei Post, Bahn, Verkehrsbetrieben, Strom-, Gas- und Wasserversorgung, erzielte die Regierung bereits 1971 ein Defizit von 15,9 Milliarden Mark; 1974 waren es bereits 26,6 Milliarden; nach den vorläufigen Berechnungen des Genossen Finanzminister Apel (SPD) wird dieses auf über 58 Milliarden ansteigen.

Binnen fünf Jahren verdoppelte sich die Schuldenlast des Staates von 126 Milliarden Mark im Jahr 1970 auf 256 Milliarden im Jahre 1975. Mit anderen Worten: jeder Bundesbürger, ob Erwerbstätiger, Rentner oder Säugling, ist pro Kopf, beschert von den „besseren Männern", die uns SPD und FDP gebracht haben, mit je 4135 Mark verschuldet.

Laut einer Meldung der Deutschen Presseagentur vom 7. Januar 1976 warf Professor Norbert Kloten dem Staat, aber auch den Sozialpartnern, weitgehendes Versagen während der letzten Jahre in der Stabilitätspolitik vor. Kloten ist der Vorsitzende des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In einem außerordentlich kritischen Beitrag für die Festschrift der Deutschen Bundesbank zum 100. Jubiläum der Mark schreibt Kloten, es sei der Konjunkturpolitik seit 1969 nie gelungen, die Bundesrepublik auch nur in die Nähe eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts — mit Preisstabilität, Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht — zu steuern; stets dominierten Fehlentwicklungen.

Ein geradezu vernichtendes Urteil fällt der Vorsitzende der „Fünf Weisen" über das seiner Meinung nach mangelnde stabilitätspolitische Verhalten des Staates. Das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz habe in den Jahren von 1969 bis 1974 „nicht einmal die Chance (erhalten), sich in seinem materiellen Kern zu bewähren". Alle Wirtschafts- und Finanzminister wollten zwar diesem Gesetz „zu seinem Recht" verhelfen, aber „als der Erfolg ausblieb, mehrten sich die Lippenbekenntnisse und die mehr oder weniger unverbindlichen Beschlüsse. Sie nützten der Optik vorzugsweise dann, wenn der Widerstände wegen niemand ernstlich mit durchgreifendem Handeln rechnete".

Bei der sich ausbreitenden Resignation über die negative Bilanz der Stabilisierungspolitik gehörte es nach Klotens Meinung „schließlich zu einer Politik, frei von Illusionen, die steuerpolitischen Möglichkeiten des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gar nicht erst in Erwägung zu ziehen". Auch das „vollkommenste Gesetz" nütze nichts, wenn Regierung und Parlament nicht gewillt seien, es richtig anzuwenden.

Ob bei Willy Brandt oder bei Helmut Schmidt: der eigentliche Chef der deutschen Sozialdemokraten ist und bleibt Herbert Wehner.

So ging die Wirtschaftspolitik der sozial-liberalen Koalition in eine Dauerarbeitslosigkeit, Kurzarbeit und in schleichende Inflation. Der Weg in das Utopia des sozialistischen Wohlfahrtsstaates leitete uns schnurgerade in die westdeutsche Wirtschaftskrise.

Diese bedrückenden Tatsachen können auch von dem großsprachigen Kanzler Schmidt nicht weggeschwätzt werden. Der wirtschaftliche Aufschwung läßt sich nicht erdiskutieren. Sicher wird man im Wahljahr, in der Zwangssituation, dem Wähler die Pleiten zu vertuschen, mit ein paar Spritzen eine Scheinkonjunktur erzielen.

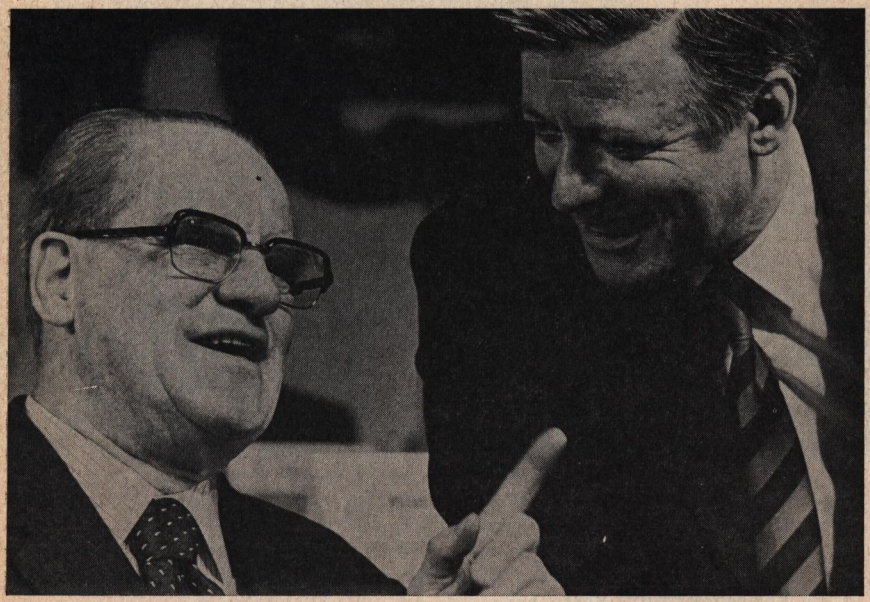
Auf die Dauer gesehen, wird der rote Bluff die bedrohliche Lage, in die wir geraten sind, nicht entscheidend ändern. Denn dazu müßte der Vertrauensschwund in der Wirtschaft beseitigt werden. Hierzu ist jedoch die sozial-liberale Regierung unfähig.

Zu diesem wirtschaftlichen Versagen der roten Macher kamen drohend die Folgen der verräterischen Ostpolitik, die uns Brandt, Wehner und

Bahr aufgezwungen haben. Angesichts der weltweiten Entwicklung, der aggressiven Aufrüstung der Sowjetarmee, der weltbeherrschenden Rolle der Roten Flotte und der Entwicklung in Asien und Afrika, nicht zuletzt jener in Italien, wo die Kommunisten immer deutlicher über ihr „historisches Kompromiß" zur Macht drängen, rinnt den amerikanischen Vätern der „Entspannung" kalter Schauder über den Rücken. Man geriet in Washington, ehe man es sich versah, in die Rolle des alten Zauberers, dessen Zauberlehrling über den Kopf des Meisters hinweg selbständig munter weiterzauberte.

Selbst einem Henry Kissinger erscheint nun die sozial-liberale Koalition in Bonn auf die Dauer ein Sicherheitsrisiko („Der Spiegel" vom 5. Januar 1976). Kissinger fürchtet nicht zu Unrecht, daß die Bundesrepublik, anstatt ein Hort der freiheitlichen Grundordnung zu sein, in den Sog des aufsteigenden italienischen Kommunismus geraten könnte.

Eine späte Einsicht! Erinnern wir uns: der italienische Kommunistenboß Berlinguer diente der Brandtschen Ostpolitik als Weichensteller. Zu diesem Genossen Berlinguer pilgerten die SPD-Genossen Leo Bauer, Günter Markscheffel, Egon Franke, Fried Wesemann und Egon Bahr wie nach Mekka. Die italienischen Kommunisten ihrerseits stellten die ersten



Nachdem er Brandt in den Sattel hob und ihn stürzte als er versagte, holte er sich Helmut Schmidt, der in Wirklichkeit ein Gefangener der von Wehner bestimmten Politik ist.

Kontakte zwischen der SPD und Ost-Berlin her. Genau derselbe Berlinguer ist es, der zur Zeit die große Hoffnung des „Euro-Kommunismus" ist, mit dem man, demokratisch getarnt, ganz Europa überrennen will.

Anläßlich der Sozialisten-Konferenz in Helsingör Mitte Januar 1976 schwenkte Brandt ganz offen auf die Volksfrontlinie seines französischen Parteikollegen Mitterrand ein. In einem darauf folgenden „Spiegel"-Interview sprach sich Brandt für einen verstärkten Kontakt auch zu den europäischen Kommunisten aus und sagte u. a.:

„Dazu gehört, daß wir zuverlässig darüber informiert sein müssen, was in den Parteien Süd- und Westeuropas – das gilt nicht nur für Kommunisten, sondern auch für Christdemokraten und andere Parteien – vor sich geht. Dies hat im Laufe der Jahre dazu geführt, daß man ohne Aufnahme offizieller Parteikontakte sich in dem einen oder anderen Land ohne Verwischung von Gegensätzen umgeschaut und dafür interessiert

Herbert Wehner läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um, getrieben von seinem privaten Wiedergutmachungskomplex, die Interessen des kommunistischen Ostens gegen das deutsche Volk zu vertreten. Anfang Januar 1976, nachdem er in Warschau mit den polnischen Kommunistenbossen konferiert hatte, legte er ein Bekenntnis ab: „Polen kann sich auf die SPD verlassen."
Nicht nur Polen; auch die Tschechei, Jugoslawien und natürlich die Sowjetunion. Nur die Deutschen können sich bei einer solchen Führungsgarnitur auf die SPD eben nicht verlassen.

hat: Was denken Kommunisten in Ländern, in denen sie stark sind?" („Der Spiegel" Nr. 5 vom 26. Januar 1976.)

Deutlicher kann man die Bemühungen zur „sozialistischen Einheitsbestrebung" kaum mehr formulieren!

Um den Kurs ganz klar zu bekennen, reiste Genosse Herbert Wehner, der all diese verhängnisvollen Drähte zieht, Anfang Januar 1976 wieder einmal nach Warschau. In seiner Begleitung vier SPD-Bundestagsabgeordnete. Wehner sprach mit dem Politbüro-Mitglied der polnischen Kommunisten, Beabiuch, Außenminister Olszowski und Polens Kommunistenchef Gierek. Thema: das Verhältnis zwischen SPD und KPP. Nach der Rückkehr erklärte Wehner unmißverständlich: Polen könne sich auf die SPD verlassen! Hier kann man dem altkommunistischen SPD-Fraktionsvorsitzenden nicht widersprechen. Nur Deutschland kann sich auf die SPD nicht verlassen!

Jedermann kann sehen, wohin die SPD die Bundesrepublik Deutschland führt. Die FDP spielt dabei die willige Steigbügelhalterrolle. Jedermann, der nicht Selbstmord begehen will, muß diese Politik des deutschen Untergangs stoppen.

Denn die SPD ist das ernsteste Sicherheitsrisiko für alle!

Quellenverzeichnis

Willy Brandt, „Mein Weg nach Berlin", München, 1960

Hans Frederik, „Gezeichnet vom Zwielicht seiner Zeit", München, 1969

Karl J. Germer, „Von Grotewohl bis Brandt", Landshut, 1974

Erich Kern, „Willy Brandt – Schein und Wirklichkeit", Rosenheim, 1973

Erich Kern, „SPD ohne Maske", Hannover, 1972

Peter Kleist, „Wer ist Willy Brandt?", Hannover, 1970

Peter Kleist, „Herbert Wehner am Schalthebel", Hannover, 1970

Peter Kohnen, „Deutschland, deine SPD", München, 1972

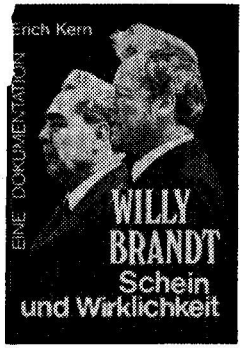
Karl Mewis, „Im Auftrag der Partei", Berlin, 1972

Pinar-Pressedienst, München, 1. 7. 1964

Klaus Seemann, „Entzaubertes Bundeskanzleramt", Landshut, 1975

Der Spiegel, Nr. 47/1975, Nr. 5/1976

Rangmar Staffa, „Egon Bahr, der geheime Diener", Landshut, 1974



Erich Kern verfolgt den Weg Willy Brandts aus der Emigration ins besiegte Deutschland und seinen politischen Senkrechtstart innerhalb der SPD Schritt für Schritt und fördert dabei erstaunliche Dinge zu Tage. Wer verstehen will, was heute mit Deutschland geschieht und wie jeder von uns manipuliert wird, muß diese sorgsam belegte und gerade daher so aufwühlende und aufschlußreiche Dokumentation lesen.

120 Seiten mit Bildteil, Coverlux, DM 9,80.

In dieser erregenden Dokumentation entsteht ein wahrheitsgetreues Bild der derzeitigen deutschen Sozialdemokratie: ihrer politischen Macht, ihres beherrschenden Einflusses auf die Gesellschaftspolitik, ihrer eigenen wirtschaftlichen Stärke und ihres Versagens auf der ganzen Linie.

96 Seiten, broschürt, DM 4,80.

Diese Dokumentation von Erich Kern, die genauestens mit Quellen belegt wird, liest sich wie ein packender Kriminalroman. Leider ist die Dokumentation nicht auf der Fantasie eines Schriftstellers aufgebaut, sondern auf der gnadenlosen Wirklichkeit. Niemand, der diese Broschüre nicht gelesen hat, kann über die Geschichte des Zweiten Weltkrieges mitreden.

144 Seiten, broschürt, DM 9,80, 2. erw. Auflage.

Prof. Dr. Ernst Anrich, der Historiker, hat es unternommen, die Rückentwicklung der Sozialdemokratie zum „Sozialismus" gestriger und zum „Marxismus" vorgestriger Vorstellung mit wissenschaftlichem Ernst und politischem Gespür aufzuzeigen, nachzuweisen und ihre angebliche Fortschrittlichkeit zu widerlegen.
Sozialismus der Linken — Nicht Fortschritt, sondern Rückschritt und volle Zerstörung.

120 Seiten, 8 Bildseiten, Coverlux, DM 9,80.

DVG - Rosenheim

Unterstützen Sie unsere Aufklärungsarbeit und fordern Sie mit der nebenstehenden Bestellkarte genügend Broschüren

SPD – Sicherheitsrisiko für alle

an, um diese in Ihrer Umgebung verteilen zu können.

Vermitteln Sie Ihren Freunden und Bekannten mit der nebenstehenden Gutscheinkarte zwei Monate lang den kostenlosen Bezug der

NATION EUROPA

..... Expl. der Broschüre

Erich Kern

SPD – Sicherheitsrisiko für alle

Einzelpreis DM 3,00
10 Expl. à DM 2,50
50 Expl. à DM 2,00

Bei Abnahme größerer Mengen Sonderpreis nach Vereinbarung.

.....
(Unterschrift)

Schriften aus unserem Verlag:

Erich Kern
Willy Brandt Schein u. Wirklichkeit
DM 9,80

..... Expl.

Erich Kern
SPD ohne Maske
DM 4,80

..... Expl.

Erich Kern
So wurde Deutschland verraten
DM 9,80

..... Expl.

Ernst Anrich
Sozialismus der Linken
DM 9,80

..... Expl.

Wertvoller Gutschein

Einreichungskarte
Liefern Sie mir bitte probeweise u. kostenlos zwei Monate lang die
NATION EUROPA

*) Ich bitte nach Ablauf des kostenlosen Probebezuges um ein Festabonnement zu den üblichen Bedingungen (halbjährlich 20 DM).

*) Bitte nur ankreuzen, wenn anschließend Dauerbezug erwünscht

Vorname, Name

PLZ/Wohnort

Straße

Werbeantwort
Drucksache

0,40 DM

NATION EUROPA

Postfach 670

D 8630 Coburg

Der bekannte Autor Erich Kern läßt den Leser hinter die Kulissen unserer Zeit blicken und entlarvt die führenden Männer der SPD, ihre verräterische Ostpolitik und das Versagen ihrer Wirtschaftspolitik gnadenlos. Im Vordergrund werden hierbei die Spitzenmanager der SPD Willy Brandt, Herbert Wehner, Egon Bahr und Horst Ehmke mit ihrem gefährlichen hintergründigen politischen Wirken beleuchtet, und er berichtet von den Entgleisungen des roten Korruptionisten Wienand, bis zu dem mit falschem Optimismus getarnten Kanzler Schmidt, der in Wirklichkeit ein Gefangener der Politik seines Vorgängers ist. Sie alle stehen im Mittelpunkt dieser Dokumentation und werden hier so gezeigt, wie sie wirklich sind und nicht, wie sie uns eine raffinierte Propaganda darstellt, um die Bundesbürger 1976 von neuem zu überfahren.
Diese Broschüre ist die konsequenteste Abrechnung mit den SPD-Genossen, die geschrieben wurde und mit realen Fakten ausgestattet. Diese Dokumentation ist von atemberaubender Aktualität und erhält im Wahljahr 1976 besondere Bedeutung.

Bitte beachten Sie auf der Innenseite die beiden Bestellkarten!

Abs.:

NAME Vorname

Straße

PLZ Ort

–,40 DM

Buchdienst

NATION EUROPA

Postfach 670

D 863 Coburg

NATION EUROPA

MONATSZEITSCHRIFT IM DIENSTE DER EUROPÄISCHEN ERNEUERUNG

Sehr verehrter Leser,
hiermit bitten wir Sie, sich des umseitigen Gutscheins zu bedienen, um sich 2 Monate lang den kostenlosen Probebezug von NATION EUROPA zu sichern.

NATION EUROPA faßt Themen an, an die sich andere Zeitschriften nicht heranwagen. Manche unbequeme Wahrheit löste heftige Diskussion aus. Unabhängig von Interessengruppen behandelt NATION EUROPA allmonatlich einen Sachbereich – gründlich, umfassend und einer Politik der deutschen und europäischen Selbstbehauptung verpflichtet.

10 000 politisch Denkende warten allmonatlich mit Spannung auf das neue Heft. Dazu werden auch Sie gehören: Machen Sie die Probe aufs Exempel und vergessen Sie auch Ihre Freunde nicht!

Ein Gutschein dafür befindet sich auf der Rückseite.

Mit besten Grüßen!

NATION EUROPA
863 Coburg – Postfach 670